

Fachkräftemangel: Die Soziale Arbeit ist gefordert

Stéphane Beuchat, Co-Geschäftsleiter von AvenirSocial, über die Sicherung der langfristigen Fachkräftressourcen in ausgewählten Arbeitsfeldern des Sozialbereichs

Interview: Redaktion

Das Berufsfeld der Sozialen Arbeit ist von einem beträchtlichen Fachkräftemangel betroffen. Dies wird sowohl durch die von SAVOIRSOCIAL in Auftrag gegebene Studie «Fachkräftesituation im Sozialbereich» aus dem Jahre 2011 als auch durch die im April 2014 publizierte Studie des SECO zum Fachkräftemangel in der Schweiz belegt. Zu den Hintergründen dieser Entwicklung und den künftigen Herausforderungen.

Redaktion: Worum geht es in der Studie?

Stéphane Beuchat: Die Studie des Instituts für Wirtschaftsstudien Basel hat im Auftrag von SAVOIRSOCIAL in ausgewählten Arbeitsfeldern die aktuelle Arbeitsmarkt-, Fachkräfte- und Bildungssituation untersucht mit dem Ziel, den zukünftigen Fachkräfte- und Bildungsbedarf bis 2024 abzuschätzen. Die untersuchten drei Hauptarbeitsfelder sind Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, Begleitung von Menschen mit Beeinträchtigung und Betreuung von Menschen im Alter.

Welches sind die wichtigsten Erkenntnisse?

Die Studie liefert eine breite Palette an wichtigen Erkenntnissen:

- In den untersuchten Arbeitsfeldern sind aktuell 97 000 Personen beschäftigt, wobei 60% im Arbeitsfeld der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und je 20% auf die anderen beiden Bereiche entfallen.
- Unter den Beschäftigten sind überdurchschnittlich viele Frauen (81%) und jüngere Personen (35% der Personen sind unter 30-jährig) sowie relativ wenige AusländerInnen (Anteil: 12%) vorzufinden.
- Die Teilzeiterwerbsquote ist mit 64% vergleichsweise hoch.
- Hinsichtlich der Qualifikationsstruktur fällt auf, dass in den verschiedenen Arbeitsfeldern ein beträchtlicher Anteil (über 50%) der Beschäftigten ohne formale Ausbildung bzw. Personen in Ausbildung oder von PraktikantInnen vorzufinden ist.

- Bei der Personalrekrutierung hatten im Jahr 2015 47% der befragten Betriebe Probleme zu verzeichnen.
- Die Fluktuationsrate der Betriebe lag bei rund 8%, wobei eine hohe Fluktuationsrate bei den SozialpädagogInnen und im Berufsfeld der stationären Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigung ausgewiesen wird.
- Bis ins Jahr 2024 werden in den Arbeitsfeldern rund 45 000 bis 59 000 zusätzliche Fachpersonen benötigt, wobei ein Grossteil des Fachkräftebedarfs durch die Arbeitsmarkteintritte von NeuabsolventInnen und die Zuwanderung gedeckt wird.
- Bei gleichbleibender Qualifikationsstruktur müssen in den drei Arbeitsfeldern bis 2014 rund 5700 Personen zusätzlich ausgebildet werden. Bei einer veränderten Qualifikationsstruktur, d.h. beim Ersatz der unausgebildeten Beschäftigten durch ausgebildetes Personal, erhöht sich der zusätzliche Ausbildungsbedarf auf insgesamt rund 15 000 Personen.

Wer ist gemäss Studie mit Fachkraft gemeint?

In der Studie wird unter einer Fachkraft eine Person verstanden, die über eine formale Ausbildung für die entsprechende berufliche Tätigkeit oder über eine ähnliche Ausbildung verfügt. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass die Institutionen je

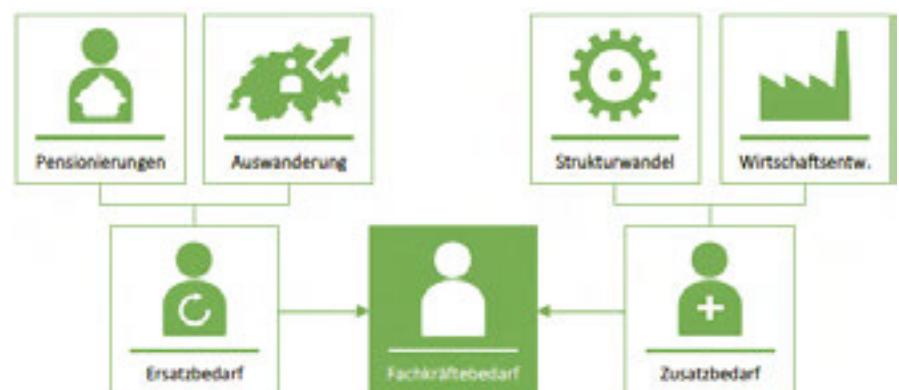
nach beruflicher Tätigkeit und je nach Arbeitsfeld unter einer ähnlichen Ausbildung etwas anderes verstehen.

Wie erklärt sich der prognostizierte Fachkräftemangel?

Der prognostizierte Fachkräftebedarf bis ins Jahr 2024 lässt sich gemäss Grafik über den Ersatzbedarf (d.h. heutigen Beschäftigten, welche in Zukunft das Berufsfeld verlassen werden) und den Zusatzbedarf (d.h. zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen) ermitteln. Bei den genannten Faktoren der Pensionierung, der Auswanderung, dem Strukturwandel und der Wirtschaftsentwicklung wurden auf Grundlage von Annahmen Modellrechnungen vorgenommen. Daraus resultiert ein zusätzlicher Fachkräftebedarf von 44 600 Personen.

Es ist die Rede von verschiedenen Szenarien. Was bedeutet dies?

Auf Basis des Modells wird für unterschiedliche Szenarien – welche die Faktoren der Zuwanderung, der NeuabsolventInnen sowie des zusätzlichen Bildungsbedarfs berücksichtigen – ausgehend von einem jährlichen Beschäftigungswachstum von durchschnittlich 3,9 Prozent mit einem zusätzlichen Fachkräftebedarf in der Grössenordnung von 45 000 (Basisszenario) bis 59 000 (Professionalisierungsszenario) gerechnet. Beim Basisszenario



Quelle: IWSB (2016): Fachkräfte- und Bildungsbedarf für soziale Berufe in ausgewählten Arbeitsfeldern des Sozialbereichs. SAVOIRSOCIAL, Olten, S. 46.

wird davon ausgegangen, dass bei den untersuchten beruflichen Tätigkeiten die Anteile von Personen mit formaler oder ähnlicher Ausbildung bzw. ohne formale Ausbildung, in Ausbildung oder mit Praktikantenstatus unverändert bleiben. Beim Professionalisierungsszenario wird dagegen davon ausgegangen, dass die Personen, welche heute ohne formale Ausbildung oder im Praktikantenstatus die untersuchten beruflichen Tätigkeiten ausüben, durch Beschäftigte mit einer formalen Ausbildung für die entsprechende Tätigkeit ersetzt werden.

Welche Bereiche sind besonders betroffen?

Ausgehend von der vollständigen Professionalisierung werden die benötigten zusätzlichen Ausbildungsbemühungen bis 2024 auf 15 100 Personen angegeben. Diese schlagen sich primär bei den beruflichen Tätigkeiten mit einem dazu korrespondierenden Ausbildungsangebot auf Ebene berufliche Grundbildung nieder (Fachfrau/Fachmann Betreuung: 6900 bei vollständiger Professionalisierung, Assistent/in Gesundheit und Soziales: 3800).

Demgegenüber sind im Vergleich zum Basisszenario bei den untersuchten beruflichen Tätigkeiten auf Ebene höhere Berufsbildung nur wenig zusätzliche Massnahmen nötig (am meisten bei den SozialpädagogInnen mit einem Plus von 1000 auf 2200). Auf Ebene Hochschule sind gar keine zusätzlichen Massnahmen beim Professionalisierungsszenario angezeigt, da gemäss Studie bereits jetzt kaum Beschäftigte ohne formale Qualifikation die damit verbundenen beruflichen Tätigkeiten übernehmen.

Bei den SozialpädagogInnen und in stationären Einrichtungen wird eine auffallend hohe Fluktuationsrate ausgewiesen.

Was ist die Ursache hierfür?

Eingangs muss erwähnt werden, dass die Antworten in der Studie zu den Kündigungsgründen von den Institutionen und nicht von den Mitarbeitenden stammen und dass über alle angeschriebenen Institutionen hinweg 85 Prozent der Kündigungen von den Angestellten ausgesprochen wurden. Die hohe Fluktuationsrate bei den SozialpädagogInnen (rund 3000 Kündigungen, was 15% der in sozialen Berufen beschäftigten Belegschaft entspricht) und in den stationären Einrichtungen (über 2500 Kündigungen, was rund 12,5% aller Stellen entspricht) hat unterschiedliche Ursachen. Rund die Hälfte nimmt eine andere Stelle im Sozialbereich an, und etwa ein Fünftel der Personen gibt die Stelle auf, weil zumindest in

naher Zukunft keine Erwerbstätigkeit mehr geplant ist. Dies ist beispielsweise der Fall bei Pensionierungen, Elternschaft, gesundheitlichen Problemen oder Weiterbildungen. Rund 13% nehmen einen Berufswechsel vor. Diese Personen sind zwar weiterhin arbeitstätig, jedoch verlassen sie das Berufsfeld Soziales und gehen als erfahrene Fachkräfte verloren. Bei etwa 10% der Fälle sind die Gründe für die Kündigung unbekannt.

Welche weiteren Gründe werden aufgeführt?

Für 40% der Institutionen sind die Arbeitszeiten in stationären Einrichtungen für Kinder und Jugendliche ein belastendes Thema. Der Wunsch nach Neuorientierung wurde bei 70% der stationären Institutionen als zentrales Thema, bei denen Mitarbeitende das Berufsfeld wegen des Wunsches nach Neuorientierung verlassen haben, angegeben. Eine wahrscheinliche Erklärung dafür ist, dass die Arbeit in den stationären Institutionen eine grössere Belastung für die Mitarbeitenden darstellt. Auch sind die Arbeitszeiten in den stationären Institutionen aufgrund des 24-Stunden-Betriebes ein zentrales Thema. Des Weiteren wurden familiäre Gründe (Mutterschaft), Burnout und Überlastung, lange Reisen und gesundheitliche Gründe genannt.

Welche Ziele und Massnahmen leitet AvenirSocial aus den Erkenntnissen ab?

Auch wenn gewisse Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit (wie Sozialdienste, Migrationsarbeit etc.) in der Studie nicht untersucht wurden, lässt sich klar sagen, dass in den kommenden Jahren mehrere Tausend zusätzliche Ausbildungsplätze für soziale Berufe geschaffen werden müssen, damit zukünftig die Qualität der Angebote zumindest gesichert werden kann. AvenirSocial hat bereits vor einigen Jahren eine Bestandsaufnahme zur Beschäftigung und Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit in der Schweiz (2011) und darauffolgend die Positionierung zu bildungspolitischen Themen (2012) verfasst (siehe Links). Darin fordert AvenirSocial, dass 100% der im Sozialbereich angestellten Personen über eine entsprechende Ausbildung verfügen, unabhängig vom Niveau. Ebenso soll die Durchlässigkeit innerhalb des Berufsbildungssystems von allen Akteuren gefördert werden. Um die Professionalisierung sowie das damit verbundene Thema der Reglementierung der Ausbildungsanforderungen voranzutreiben, erarbeitet AvenirSocial derzeit Grundlagen für eine entsprechende nationale Kampagne.

Jede zweite im Sozialbereich tätige Person ist gemäss ihrer Ausbildung nicht für ihre Tätigkeit qualifiziert. Was wird dagegen unternommen?

Grundsätzlich ist die Ausbildung zu fördern, um die Qualität der Sozialen Arbeit zu verbessern und eine effiziente Verwendung der Mittel im öffentlichen Interesse sicherzustellen. Um den Professionalisierungsbedarf anzugehen und einen qualifizierten Berufsnachwuchs zu sichern, sind die involvierten Akteure (Berufsverbände, Politik, Dachorganisationen wie SASSA und SavoirSocial) aufgefordert, Massnahmen zu definieren und umzusetzen. Insbesondere hat die Politik für geeignete Rahmenbedingungen und genügend finanzielle Mittel zur Bereitstellung der notwendigen Ausbildungsplätze zu sorgen. |

Links

<http://savoirsocial.ch/projekte/fachkraefte/>

www.avenirsocial.ch/cm_data/positionierungbildung_avenirsocial.2011_d.pdf

www.avenirsocial.ch/de/cm_data/Positionnement-Berufsbildung_AvenirSocial.2012_D.pdf

Aufgeschnappt

Beanstandung bei der Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz

AvenirSocial erwartet eine fachlich fundierte und kontextualisierte mediale Berichterstattung zu Themen, die die Soziale Arbeit betreffen. Im Bericht über die Sozialhilfe bei der SRF-Sendung «10vor10» vom 23. August 2016 wurde aus unserer Sicht die Expertise der SozialarbeiterInnen nicht genügend berücksichtigt. AvenirSocial hat deshalb eine schriftliche Beanstandung bei der Ombudsstelle der SRG Deutschschweiz verfasst.

In der Sendung wird ein Porträt eines Ehepaares gezeigt, welches während rund 20 Jahren auf die Sozialhilfe verzichtet, obschon grundsätzlich ein Anspruch bestanden hätte.

Wir haben folgende Punkte beanstandet: 1.) Die Sendung unterscheidet nicht zwischen der Sozialhilfe und EL, und eine Anspruchsberechtigung wurde nie abgeklärt. 2.) Das Ehepaar wurde betr. dem Verzicht auf Haustiere und Auto falsch informiert. 3.) Der Beitrag ist eine Ohrfeige für Sozialhilfebezügler.

Der Schlussbericht der Ombudsstelle mit einer ausführlichen Begründung ist öffentlich zugänglich.

www.srgd.ch/de/uber-uns/ombudsstelle/schlussberichte/

Stéphane Beuchat,
Co-Geschäftsleiter AvenirSocial